

„sondern sie sind gezwungen, ohne Lohn für denselben Arbeitgeber, der ihnen Geld leiht, zu arbeiten; ihm gehören jetzt ihre Dienste“.

### *Hilfe ist schwierig*

So gering ihr Arbeitslohn ist, so unzulänglich sind auch ihre Arbeitszeit und ihre Arbeitsbedingungen geregelt. Von außen her ist es kaum möglich, die wirtschaftliche Lage dieser Arbeiter zu verbessern. Nicht einmal der Regierung gelingt das. Denn die Zuschüsse, die die Regierung im Rahmen ihres Community Development Program den Kommunen gewährt, erreichen diese nicht im Kommunen zusammengefaßten Arbeiter nicht, und wenn sie sie erreichen könnten — was sich ja auf gesetzlichem oder administrativem Wege bewerkstelligen ließe —, so sind die Entwicklungsgelder für die Parias fast nutzlos, weil diese nicht der Lage sind, auch nur den geringsten Beitrag zu den verständlicherweise nicht sonderlich hohen Regierungsbeiträgen aus eigenen Mitteln aufzubringen.

Die Christlichen Gewerkschaften sind sich darüber im klaren, daß man diesen Menschen nicht durch Programme, Schulung und Organisation allein helfen kann. Zunächst kommt es darauf an, die verschuldeten Parias aus ihrer wirtschaftlichen Zwangslage zu befreien, indem man für sie Ausweichmöglichkeiten schafft. Das geschieht jetzt durch die Bereitstellung von Kornvorräten durch den IBCG, auf die die Parias während der arbeitslosen Zeit zurückgreifen, wodurch sie sich aus der sklavenähnlichen Abhängigkeit von ihren Arbeitgebern befreien können. Um dieses Ziel systematisch verfolgen zu können, haben die Christlichen Gewerkschaften die „Cuddapah District Cooley Sangham“ gegründet. Die Cooley Sangham will wohl auch die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, versteht sich jedoch selbst nicht als eine Gewerkschaft klassischen Stiles. Sie ist vielmehr eine Hilfsorganisation, die die rückständigen Pariaarbeiter in Cuddapah lehrt, wie sie sich auf eigene Füße stellen können. Die Durchführung dieser Formen Technischen und Sozialen Beistandes stößt jedoch auf außerordentliche Schwierigkeiten, weil die Pariaarbeiter zum Teil so stark von ihren Arbeitgebern abhängen, daß sie nicht einmal wagen, ihre Siedlungen zu verlassen. Außerdem haben sie Angst, sich informieren zu lassen, weil sie dann von ihren Arbeitgebern bedroht und geschlagen werden.

Trotz dieser Schwierigkeiten geben die Christlichen Gewerkschaften den Kampf um die Parias von Cuddapah nicht auf. Sie wissen, daß in Kürze die Kommunisten auch in diesem Distrikt Indiens ihre Losung „Freiheit für die Kulis“ verbreiten werden und daß es entscheidend darauf ankommt, der kommunistischen Agitation den Boden zu entziehen. Bis jetzt betreut die „Cuddapah District Cooley Sangham“ 2000 Mitglieder, teils aus eigenen Mitteln, teils aus Zuwendungen des IBCG. Notwendig wäre jedoch die Befreiung von 200 000 Menschen in Cuddapah.

## Ökumenische Nachrichten

**Die Zerreißprobe der Evangelischen Synode von Berlin-Brandenburg**

Für eine katholische Zeitschrift, die um die Pflege möglicher Nähe und christlicher Solidarität zu den evangelischen Brüdern besorgt ist und oft genug daran erinnert hat, daß der innere Zusammenhalt der Evangelischen Kirchen in Deutschland von größerem

Wert ist als eine fruchtlose Spaltung und Selbstparalyse, ist es sehr schwer, über die sich häufenden Krisensynoden zu berichten, Diese pflegen bis an den Rand des Bruches zu gehen, um, wie auch diesmal, mit einer Übereinstimmung, daß man verschiedener Meinung bleibe, zu enden. Die gefundene Lösung ist keine theologische, sondern eine pragmatische, so daß ein Bericht darüber das Vertrauen zu einem langsamen und stetigen Kirchewerden, wie es bei der VELKD zu beobachten ist, jedesmal neu erschüttert. Gewiß, ein evangelischer Bischof ist nicht Träger göttlicher Vollmacht wie der katholische Bischof, aber die Art, wie manche evangelische Theologen, die auf Karl Barth eingeschworen sind, mit Bischof Dibelius als einem „Häretiker“ umgingen — ein Urteil, das doch wohl nur eine kirchliche Autorität fällen könnte —, läßt das Augenmaß für echte kirchliche Würde und Weisheit vermissen. Bischof Otto Dibelius, dem man die Häresie des „Dibelianismus“, des Denkens in „kirchlichen Fronten“, anhängte wegen seiner Schrift über die Obrigkeit, ist nicht unser Bischof, und der Bericht der Herder-Korrespondenz zur Aussprache über dieses heikle Thema (ds. Jhg., S. 139f.) ließ keinen Zweifel daran, daß Dibelius das Problem nicht gelöst hat. Aber darf man das geistliche Kapital einer echten menschlichen Autorität, die er verkörpert, vor den Augen des Widersachers derart verschleudern, wie es in Spandau geschah?

### *Gegen die atheistische Schulordnung*

Die Vorgeschichte der außerordentlichen Synode der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg in Spandau (24.—29. Januar 1960), die den Streit um die Obrigkeitsfrage klären sollte, ist in dem oben genannten Bericht: „Ist jeder Staat Obrigkeit?“ sowie in Situationsberichten über die Verschärfung des antikirchlichen Kurses in der DDR hinreichend dargelegt worden (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 433f.). An sich hätte die Synode Anlaß gehabt, in der zentralen Frage des Widerstandes gegen die staatliche Unterdrückung gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Es blieb aber wesentlich bei einer allgemein gehaltenen Kundgebung:

„Das Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR vom 2. Dezember 1959 und die Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen vom 12. November 1959 haben die Voraussetzungen für eine totale sozialistische Erziehung geschaffen. Diese sozialistische Erziehung geschieht weithin im atheistischen Sinne. Die Besorgnisse der evangelischen Eltern um die christliche Erziehung ihrer Kinder sind berechtigt. Christliche Erziehung und kirchlicher Unterricht sind gefährdet. Die Durchführung der Christenlehre ist an vielen Orten behindert. Unsere Kirche kann die christliche Erziehung der Kinder nicht aufgeben.“ Daher beauftragt die Synode die Kirchenleitung, Einspruch gegen die totale Beanspruchung der Kinder zu erheben und genügend Raum für die evangelische Unterweisung zu fordern. Eltern und Gemeinden sollen ermuntert werden, sich für die christliche Erziehung ihrer Kinder in Haus, Schule und Gemeinde einzusetzen.

Die Wirkung einer solchen Deklamation, nachdem die Synode in der vitalen Frage, die von Bischof Dibelius gestellt war, uneins blieb, ist gleich Null. „Christ und Welt“ (4. 2. 60) schrieb mit Recht hierzu: „Es ist nicht so sehr Spaltung, was die Evangelische Kirche in Berlin-

Brandenburg und darüber hinaus in Deutschland gegenwärtig bedroht; die Spaltung könnte drohen, wenn die Zone eines Tages gegenüber ‚ihrer‘ Kirche eine ganz andere, lockend-korruptierende Politik, eine Verführungspolitik, einleitete. Zur Zeit ist die Gefahr für die Kirche eher äußeres und inneres Absterben — äußeres infolge der kalten Abwürgungspolitik der Ulbricht-Regierung, inneres durch mangelnde Abwehrkraft, Zwist, Verwirrung und Undeutlichkeit in Sprache und Lehre. Diese Gefahren zu bannen, hat die Synode nicht vermocht . . . Niemand kann aber auch die Synode tadeln, daß sie in dieser Hinsicht sich nicht mehr hat einfallen lassen. Der Abwehrkampf gegen den staatlichen Würgegriff muß in den einzelnen Gemeinden, so gut es geht, ausgekämpft werden. Keine Synode kann ihn den Pfarrern und Gemeindegliedern abnehmen. Was die Synode können sollte, ist, den Pfarrern und Gemeinden den Rückhalt klarer Lehre und Weisung zu geben. Dazu war sie nicht imstande.“

#### *Das Testament des Bischofs*

So blieb das Hauptthema der Synode die Obrigkeitsfrage und die Bewältigung der an Meuterei grenzenden Opposition des „Weißenseer Arbeitskreises“ — eines Ablegers der „Kirchlichen Bruderschaften“ in Westdeutschland und geschworene Gemeinschaft auf die „Barmer Theologische Erklärung“ von 1934 bzw. Fortsetzer der radikalen „Bekennenden Kirche“ des Kirchenkampfes — gegen Bischof Dibelius. Dieser aber beherrschte die Synode durch seinen überlegenen Kampfstil.

Er begann mit seinem Tätigkeitsbericht, in welchem als Hauptforderung die Mobilisierung der Laien statt der Lehrstreitigkeiten stand. Er verteidigte seine Obrigkeitsthesen zu Römer 13 und kündigte eine ausführliche Schrift darüber an. Er gab sodann, den Gegnern den Wind aus den Segeln nehmend, bekannt, daß er im Herbst 1961, wenn sein Amt als einer der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen erlösche, sowohl den Vorsitz im Rat der EKD wie das Bischofsamt für Berlin-Brandenburg niederlegen werde. Dann folgte sein „kirchliches Testament“, das auf die Mehrzahl der 240 Synodalen tiefen Eindruck machte. Darin heißt es:

„Ich kenne diese meine Kirche mit ihren reichen Gaben und ihren Unzulänglichkeiten, unter denen ich oft gelitten, an denen ich auch selber teilgehabt habe. Aber ich glaube, daß mein Herr Jesus Christus diese seine Kirche nicht verworfen oder abgeschrieben hat . . . Ich bitte diejenigen, die nach mir kommen, dieser Aufgabe eingedenk zu sein und niemals etwas anderes darstellen zu wollen als die Kirche dessen, der für uns gekreuzigt und auferweckt worden ist. Es muß bei dem Wort von Barmen bleiben . . .: ‚Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben‘ (Artikel 1). Dafür, für nichts anderes steht die Kirche.

Ich bitte meine Kirche, sich niemals in ein Getto abdrängen zu lassen, sondern sich immer für das gesamte Leben unseres Volkes verantwortlich zu wissen, aber ich bitte sie mit ganzem Ernst, sich niemals den Mächten dieser Welt in die Gewalt zu geben. Ich bitte Gott, daß er die Kirche immer wieder frei mache von der Versuchung, den Geist der Agitation und der Propaganda, der vor ihrer Tür sein Wesen treibt, in ihre Mitte einzulassen . . . Ich bitte Gott, daß er meiner Kirche, je schwerer ihr Leben wird, um so

kräftiger den Geist der Einheit erhalte, der das Kleine klein und das Große groß zu sehen vermag . . . Ich bete darum, daß die Zahl der Entschiedenen und Getreuen wachse, damit, wenn die Volkskirche zerfällt, die neue Bekennende Kirche bereitsteht, die die bewußten evangelischen Christen nur um so fester zusammenfaßt . . . Ich bete für alle, die ein Amt in der Kirche haben, daß sie nicht mutlos werden, wenn die große geistige Krise dieser Zeit ihnen ihr Amt immer schwieriger zu machen scheint. Je schwerer das Amt, um so größer der Segen. Krisen gehen vorüber, Jesus Christus bleibt . . .

Ich bete insbesondere für die, denen die Verhältnisse der Zeit das ganze Leben zur Last machen und die in Gefahr sind, müde zu werden. Es ist einer da, der den Müden Kraft gibt. Nicht die Verhältnisse entscheiden über des Menschen Leben, sondern der Glaube, der sein Kreuz zu tragen weiß. Und über diesem Glauben steht die Verheißung eines barmherzigen Herrn. In solchem Glauben habe ich mein Leben zu leben gesucht. Ich habe einst 1945 das Schulbekenntnis unserer Kirche in Stuttgart formuliert. Einen Satz, und zwar den entscheidenden, hat Martin Niemöller eingefügt. Das übrige stammt aus meiner Feder. Ich will nicht aus der Welt gehen, ohne das, was wir damals gemeinsam bekannt haben, auch für mich persönlich zu bekennen. Auch ich gebe mir Schuld, daß ich ‚nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt habe‘. Aber ich glaube an die Barmherzigkeit Gottes. Und wie ich selber jeden Tag aus der Vergebung Gottes gelebt habe, darum bitte ich auch die Menschen, an denen ich mich versündigt habe, mir zu vergeben, wie auch ich vergeblich allen meinen Schuldigern.“

Nach dieser ergreifenden Ansprache erhoben sich außer den vier Synodalen des „Weißenseer Arbeitskreises“ und anfangs auch Professor Heinrich Vogel, ihrem Wortführer, alle Synodalen und hörten die Dankesworte des Präses Figur an den Bischof stehend an.

#### *Ausbruch der Opposition*

Naturgemäß wurde die Aussprache über die Obrigkeitsfrage in geheimer Sitzung des Plenums der Synode frei geführt. Dabei entstand ein Zwischenfall infolge der Heftigkeit der Angriffe von Heinrich Vogel, der darauf bestand, daß der Standpunkt der Opposition der Öffentlichkeit bekannt werde. Tatsächlich hat er dann seinen „Offenen Brief“ an Bischof Dibelius in 300 Exemplaren ausgegeben und auch der Presse überreicht. Darin führt er Klage, daß Dibelius die Substanz seiner Auffassung vom Staat und vom Verhältnis des Christen zum Staat nicht widerrufen habe. (Bischof Dibelius hatte nur die Beispiele zur Begründung seiner Thesen zurückgezogen, die in der Tat weitgehendes Mißfallen fanden.) Vogel erregte sich vor allem darüber, daß Dibelius seinen Hörern weismachen wolle, Paulus habe bei Römer 13 gemeint, der römische Staat um das Jahr 50 sei ein Rechtsstaat gewesen, der sich an die allen Menschen von Natur eingepflanzten Moralgesetze gehalten habe. Das Entscheidende sei, daß die Mahnung des Apostels zur Treue gegenüber der Obrigkeit trotz Kaiserkult und Sklaverei gelte. Es handle sich da um ein Glaubensurteil, nicht um ein Werturteil. „Weil der Bischof dies verkennt, verkehrt er die eigentliche Intention dessen, was Römer 13 besagt, in ihr Gegenteil“, und es fehle der Glaube an die Überlegenheit der Gnade Gottes. Das nenne er „Dibelianismus“, der alle Predigten

des Bischofs durchsetze, und zwar von jeher. Freilich könne es geboten und notwendig sein, den offensiven Atheismus beim Namen zu nennen und zu enthüllen. Es komme jedoch darauf an, unter welchen Vorzeichen dies geschehe und in wessen Namen. „Der Atheismus will totgeliebt werden, damit die Brüder Atheisten es lernen, mit uns Gott zu loben . . . Die Art und Weise, wie unter dem Vorzeichen des kirchlichen Frontdenkens den Atheisten die Wahrheit gesagt wird, ist mehr geeignet, die Verstockung zu erwirken als Erweckung.“ Wenn aus der Buße geredet werde, dann müsse uns der Atheismus in der eigenen Brust und in den eigenen Reihen mehr interessieren, der innere Abfall.

Es ist merkwürdig, daß die Gegner Römer 13 isolierten und nicht auch die Apokalypse Johannes heranzogen. Nur eine neutestamentliche und geschichtliche Gesamtsicht des Staates hätte den Konflikt lösen können. Aber man hoffte offenbar, das Nahziel, den Sturz des Bischofs, erreichen zu können, und das mißlang. Die hitzige Diskussion endete mit einer Entschließung, die zwar kein Vertrauensvotum für Dibelius darstellte, aber auch keine Mißbilligung.

„Die Provinzialsynode hat von den Darlegungen des Bischofs und dem Bericht der Kirchenleitung mit Dank Kenntnis genommen. Sie hat aus beiden ersehen, daß die in der Kirchenleitung vorhandenen Unterschiede in der Beurteilung wichtiger Sachfragen auf dem Gebiet der öffentlichen Verantwortung der Kirche eine gemeinsame Arbeit nicht verhindert haben. Es ist deutlich geworden, daß der Unterschied der Auffassungen in einem voneinander abweichenden Schriftverständnis seinen Grund hat und daß er sich auswirkt bis in die Folgerungen hinein . . . Ebenso ist in Erscheinung getreten, daß die Verschiedenheit eine fruchtbare Spannung bedeutet hat, die von letzter Einheit im Eintreten für das Evangelium umschlossen und gehalten war . . .“ Bischof Dibelius wird gedankt für seine Erläuterungen zu der als Privatdruck zum 60. Geburtstag von Bischof Lilje erschienenen Obrigkeitsschrift, und „der Bischof hat erklärt, er mißbillige den eigenmächtigen Nachdruck und die Verbreitung“ der Schrift. Er bedauere, daß die darin enthaltenen Beispiele als Aufforderung zum Ungehorsam gegen die staatlichen Gesetze verstanden werden könnten; eine solche Aufforderung auszusprechen, habe ihm völlig fernelegen. Er sei vielmehr auch persönlich willens, in seinem amtlichen Verkehr mit den Behörden der DDR und des „Demokratischen Sektors“ von Berlin die dort geltenden Gesetze korrekt zu beachten wie bisher. Es werden sodann die Verleumdungen der Zonenpresse gegen den Bischof zurückgewiesen. Diese Entschließung wurde mit 182 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Superintendent Schönherr faßte dann zusammen: Alle Versuche, die Vertreter der einzelnen Meinungen in den „kalten Krieg“ hineinzuziehen, seien ungerechtfertigt. Eine Weisung an die Gemeinden habe man nicht finden können, und darum habe man auch keine Kompromißformel gesucht. Im praktischen Verhalten sei man ja einig: in den staatlichen Gewalten sehe man eine hilfreiche Einrichtung Gottes, „ihre Gesetze führen wir Christen mit Sorgfalt aus, und nur dann, wenn uns Dinge zugemutet werden, die gegen Gottes Gebote gehen, würden wir uns an das Wort halten, man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Dieses magere Ergebnis sei „der genaue Spiegel dessen, wie es um uns steht. Man kann nicht mehr geben, als man hat.“

Von einiger Bedeutung ist allerdings der Beschluß, einen ständigen theologischen Ausschuß zu bilden, der zunächst die Frage von Römer 13 zu klären, dann aber wohl dem Bischof gewisse Beschränkungen aufzuerlegen hat. Ihm gehören u. a. an die Professoren Harder, Fischer, von Delius, Vogel, Gollwitzer sowie die Generalsuperintendenten Jacob und Braun.

Zum Schluß sei erwähnt, daß die Synode eine scharfe Kundgebung gegen die antisemitischen Vorfälle in der Bundesrepublik erließ.

### *Ein politisches Nachspiel?*

Es steht zu vermuten, daß die Streitfrage nicht zur Ruhe kommen wird, obwohl sich die Gegner, Bischof Dibelius und Professor Vogel, zum Schluß freundliche Worte sagten und einander die Hand reichten. Denn außer dem „Offenen Brief“ Vogels läuft eine Materialsammlung um, die die beiden Theologieprofessoren Martin Fischer von der Kirchlichen Hochschule in Zehlendorf bzw. Helmut Gollwitzer von der Freien Universität Berlin unter dem Titel „Dokumente zu Fragen der Obrigkeit“ als „Violettbuch“ veröffentlicht haben, das in der Presse der Sowjetzone und auf der bevorstehenden Synode der EKD seine Rolle spielen wird. Professor Fischer sprach sich nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (25. 1. 60) noch am Vorabend der Synode gegen eine „Ideologisierung“ der Kirche aus, weil dabei ein Kampf Macht gegen Macht entstünde, bei dem der Mensch nicht berücksichtigt werde. Er befürwortete eine Koexistenz, wobei allerdings die Kirche das Recht beanspruchen müsse, der Obrigkeit die Wahrheit zu sagen.

Der Dekan der Theologischen Fakultät der Ost-Berliner Humboldt-Universität, Professor Fascher, hat von den an der Synode teilnehmenden Mitgliedern der Fakultät, Strasser, Vogel und Ellinger, verlangt, daß sie die Schrift von Dibelius ablehnen sollten. 22 Studenten und 12 Assistenten der Theologischen Fakultät hatten sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen. Das Zentralorgan der Sowjetzonen-CDU „Neue Zeit“ vertrat eine Position, nach welcher der Christ sich damit zu begnügen habe, seinen Glauben zu bekennen, also kein Atheist zu sein. Im gesellschaftlichen Raum brauche es ihn aber nicht zu beirren, atheistischen Haltungen und Lebensformen zu begegnen, und er solle sie nicht ängstlich auf weltanschauliche Nebentöne abhören.

Noch vor Beginn der Synode fand zwischen den Generalsuperintendenten Braun, Potsdam, und Fuehr, Berlin-Ost, sowie den Superintendenten des Bezirks Potsdam eine Aussprache mit Vertretern der SED unter Beisein des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Eggerath, statt, um in einer „freundschaftlichen und offenen Atmosphäre“ die laufenden Probleme zu erörtern und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu verbessern. Man sieht daraus, daß die DDR versucht, unter Umgehung von Bischof Dibelius eine zonenfreundliche Opposition aufzubauen. Der Ausgang der Synode könnte sie darin bestärken.

### **Religions- soziologische Forschungen in Zentralrußland**

Die Analyse der in Presse und Öffentlichkeit der Sowjetunion betriebenen sogenannten wissenschaftlich-atheistischen Propaganda zeigt, daß ihr Schwerpunkt heute in der Sektenbekämpfung liegt. Man spricht den Sektierern eine besondere Anhänglichkeit an ihre Lehre zu und hält sie im Vergleich zu den Orthodoxen

für stärker religiös orientiert. Diese Beurteilung wird durch den bekannten ethischen Rigorismus fast aller Sekten und das sie mit den Altgläubigen verbindende starre Festhalten an gewissen rituellen Äußerlichkeiten und Einseitigkeiten ihrer häretischen Ansichten gerechtfertigt. Die Forcierung einer Bekämpfung der Sekten ergibt sich ferner aus der Abwehr der latenten Gefahr, die die Sekten mit ihrer negativen Einstellung zum Staat noch immer bedeuten, sowie aus dem Umstand, daß sie institutionell und ideologisch viel schwerer aufspürbar sind als etwa die orthodoxe Kirche.

Nach den Forschungen von V. D. Bontsch-Brujewitsch ist in Sowjetrußland sehr wenig auf dem Gebiet der Sektenkunde getan worden, wohl nicht nur deshalb, weil die Abgeschlossenheit und Vielgestaltigkeit der sektiererischen Gemeinschaften ihre wissenschaftliche Erforschung außerordentlich erschwert, sondern wohl auch noch unter dem Eindruck der Sektenpolitik in den ersten Jahren nach der Revolution, als man die Sekten gegenüber der orthodoxen Kirche bevorzugte. Angesichts des Fehlens systematischer soziologischer Forschungen wurde vom Präsidium der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und dem Koordinierungsausschuß für Fragen des Atheismus beschlossen, der Lage der religiösen Strömungen und insbesondere der Sekten vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen, womit zugleich der allgemeinen Ausrichtung der antireligiösen Propaganda Genüge geleistet werden konnte.

Erste Erfahrungen erbrachte eine Expedition des Historischen Instituts der Akademie der Wissenschaften, die im Sommer 1959 im Gebiet Tambov arbeitete. Tambov liegt 400 km südöstlich von Moskau im zentralrussischen Schwarzerdegebiet. Das Gebiet Tambov wurde offenbar deshalb gewählt, weil es ehemals Entstehungs- und Ausgangspunkt einer großen Zahl russischer Sekten war.

Die Expedition arbeitete mit systematischen Befragungen der Anhänger und Prediger der Sektierergemeinden, mit Besuchen ihrer Gebetsversammlungen, Studium von Archivmaterial und Sammlung religiöser Dokumente. Dabei soll es zum ersten Male gelungen sein, Tonbandaufnahmen von religiösen Liedern der Sekte der Chlysten herzustellen.

Die Arbeiten der Expedition sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden. Zunächst liegt eine summarische Zusammenfassung der Ergebnisse durch die Abteilung für Atheismus im Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften vor, die bereits wichtige Schlüsse hinsichtlich der Zusammensetzung der Sektierergemeinden, der heutigen Sektierer-Ideologie und des allgemeinen Charakters der religiösen Strömungen im Gebiet Tambov gestattet. Ausdrücklich wird hierin der lokale Charakter der einzelnen Feststellungen vermerkt. Zusammensetzung und Dynamik der Gemeinden könnten anderswo ganz anders sein; man müsse auch damit rechnen, daß in anderen Gebieten der Sowjetunion eine Zunahme der Sektentätigkeit stattfindet.

Der Bericht nennt folgende Sekten, die im Gebiet Tambov noch bestehen und ihre Predigt ausüben: die (vereinigten) Evangeliumschristen und Baptisten, Molokanen, Chlysten, Sabbathfaster (Subbotniki) und Adventisten des Siebenten Tages.

#### *Schwindende Anhängerzahlen der Sekten*

Die Expedition kam zu der Feststellung, daß das Sektentum im Gebiet Tambov in den letzten 40 Jahren mit

ständig zunehmender Schnelligkeit degeneriert und zerfällt. Dies beweisen die heutigen Feststellungen im Vergleich zu den statistischen Angaben der Tambover Gendarmerieverwaltung vom Jahre 1915 und zu sowjetischen Angaben aus den zwanziger Jahren. Folgende Beispiele veranschaulichen den Prozeß:

Anhänger der Molokanen und Sabbathfaster in Stadt und Rayon (früher Dorf und Amtsbezirk) Rasskazovo, 30 km östlich von Tambov

1915	1924/26	1959
4673	1000	100

Molokanen in Mitschurinsk (früher Kozlov), 70 km westlich von Tambov

1915	1959
600	30

Sektierer in Stadt und Rayon (früher Dorf und Kreis) Kirsanov, 100 km östlich von Tambov

1915		1959
716	Molokanen	—
67	Baptisten	40
316	Chlysten	—
19	Adventisten	—
163	Altgläubige	—

Die Abnahme der Sekten wird noch deutlicher, wenn man die erhebliche Bevölkerungszunahme in den genannten Gebieten berücksichtigt.

Bei der Erörterung der Lage der Baptisten verweist der Bericht auf die „aktive Predigtstätigkeit“ gewisser Sekten in anderen Teilen der Sowjetunion, wo sie im Vergleich zur Zeit vor der Revolution sogar zugenommen hätten. In erster Linie sind damit die Baptisten gemeint. Diese seien jedoch zusammen mit den anderen Sekten im Gebiet Tambov ebenfalls erheblich im Rückgang begriffen.

Baptisten im Gebiet Tambov

1915	1959
2500	700

In Rasskazovo halte sich die Baptistengemeinde schon mehrere Jahre mit nur 60 Mitgliedern (davon nur 4 Männer), die durchschnittliche Besucherzahl der Gebetsversammlungen betrage nur 25—30.

#### *Zusammensetzung der Sektierergemeinden*

Bezeichnend ist die von Jahr zu Jahr abnehmende Zahl jugendlicher Anhänger. Heute sind Sektierer unter 40 Jahren höchst selten.

Altersgruppierung der Sabbathfaster in Rasskazovo

1924/26	1955
41 % = 327	unter 30 Jahren —
36 % = 290	30—50 Jahre —
23 % = 184	darüber 30 (über 60 Jahren)

Folgende Tabelle veranschaulicht die Schnelligkeit des Vergreisungsprozesses besonders deutlich:

Altersgruppierung der Molokanen in Rasskazovo

1949		1959
50 %	ältere Jahrgänge	85 %
30 %	mittlere Jahrgänge	15 %
15 %	Jugend	—
157	Mitglieder insgesamt	46

Baptisten in Mitschurinsk und Dörfern der Umgebung

1922	1937	1959
350	250	100

(Von 90 im Raum Mitschurinsk 1959 befragten Baptisten waren 60 über 60 Jahre, 28 zwischen 40 und 60 Jahren und 2 unter 40 Jahre alt.)

Der soziologische Befund der Expedition (zumindest in der Darstellung der Abteilung für Atheismus im Philosophischen Institut) trägt die Züge des üblichen klassenkämpferischen Schemas: die Sekten im Gebiet Tambov bestehen vorwiegend aus Leuten, die keine öffentlich-produktive Arbeit leisten, mit der sozialistischen Arbeit nichts gemein haben und als Einzelhandwerker, Einzelbauern und nicht arbeitende Hausbesitzer in sich abgeschlossene und ständig sich verringernde Kollektive bilden. Die 100 Chlysten in Rasskazovo verdienen ihren Lebensunterhalt durch Verkauf von Gemüse, Getreide und Früchten. Äußerst selten treffe man unter den Sektierern auf Arbeiter und Angestellte. 1924/26 wiesen die Sabbathfaster von Rasskazovo noch 179 Arbeiter auf (heute null), bei den Molokanen verringerte sich ihre Zahl von 27 im Jahre 1949 auf 5.

Die Mehrheit der Sektierer sind Frauen. Bei den Baptisten in Mitschurinsk sind es 73 %.

Die sektiererische Ideologie hat, wie der Bericht versichert, keine irgendwie erhebliche Verbreitung unter Arbeitern, Angestellten und Kolchosbauern. Das Schicksal vieler Sektierergemeinschaften im Gebiet Tambov hänge an einem überalterten Mitgliederbestand, der ununterbrochen abnimmt. In den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren sei mit einem völligen Verschwinden der Chlysten, Sabbathfaster und Molokanen zu rechnen.

#### *Die sektiererische Ideologie*

Die Expedition kam zur Auffassung, daß von einem sektiererischen „Schaffen“ keine Rede mehr sein kann und daß die verschiedenen Lehren in ihren traditionellen Vorstellungen erstarrt sind. Indem sie einerseits die allgemein christlichen Dogmen akzeptieren, konzentrieren die Prediger ihre Aufmerksamkeit auf gewisse Punkte, die für die einzelnen Sekten spezifisch sind. So predigen die Baptisten besonders gerne über die evangelische Liebe, den Frieden, das „himmlische Vaterland“ und die „Arbeit für Gott“. Mit gewisser Verwunderung registrierte man in den Predigten der Baptisten Gedankengänge über die „baldige Ankunft Christi“, über das „Jüngste Gericht“, die für die Baptisten im allgemeinen nicht charakteristisch seien.

Die meisten Sektenprediger rücken moralische Probleme in den Vordergrund und beanspruchen das Monopol der höchsten menschlichen Tugenden. „Die Welt liegt in der Sünde“, sagen die Gläubigen, „nur bei uns wird ein sittliches Leben geführt.“ Häufig wird dabei die eigene Lehre in Gegensatz zur „toten“ und „heuchlerischen“ Lehre der Kirche gesetzt, die von „betrügerischen Popen“ verbreitet werde.

Sogar bei den Molokanen, die bisher am meisten eine „geistige“ Interpretation der christlichen Dogmen vertraten, werden dogmatische Fragen überhaupt nicht mehr behandelt. Der tiefere Sinn und Inhalt ihres Glaubens erschöpfe sich in den sittlichen Prinzipien der Liebe, Sanftmut und des Allverzeihens, und gerade von molokanischer Seite wurde den Expeditionsmitgliedern die Identität der sektiererischen mit der kommunistischen Moral versichert. Jetzt breche die von ihrer Lehre angekündigte Zeit ewanlicher Liebe und Brüderlichkeit auf Erden an, sagen sie. Ähnlich sprachen sich auch die Baptisten aus. Der Berichterstatter sieht sich hier genötigt, eine Bemerkung über den tatsächlichen Unterschied zur „kommunistischen Moral“ einzuflechten: diese lehne die Predigt der menschlichen

Ohnmacht, die Suche nach einer „himmlischen Heimat“ und die Vorstellungen von einer „Arbeit für Gott“ entschieden ab. Wenn aber derartige Vorstellungen bei den Gläubigen noch häufig anzutreffen seien, so müsse man sich ernsthaft mit ihrer Kritik befassen. Tatsächlich ist die Abhebung der „kommunistischen Moral“ von der christlichen und sektiererischen einer der Schwerpunkte der antireligiösen Propaganda in der Sowjetunion.

Die in der Vergangenheit von den Sektierern so gewissenhaft beachteten äußeren Verhaltensnormen spielen, wie weiter festgestellt wird, heute kaum noch eine Rolle. So sind Ehen von Molokanen mit Andersgläubigen keine Seltenheit mehr. Man hält sich auch nicht mehr an das traditionelle Gebot der „Nüchternheit“ und ißt Schweinefleisch. Als Ausnahme werden die Baptisten genannt, deren religiöse Disziplin äußerst streng befolgt werde.

Von den Motiven der Zugehörigkeit zu den Sekten nennt der Bericht einmal die Familientradition. Wenn sich aber die Menschen dem Glauben zuwendeten — hier erfährt man überraschenderweise, daß Beitritte zu den Sekten auch in den letzten zehn Jahren stattfanden —, so seien meistens ein persönliches Unglück oder Mißgeschick ausschlaggebend gewesen. „Aller Kummer kommt von Gott, und der Herr wird uns für unsere Leiden belohnen“, sagten viele Gläubigen zu den Expeditionsmitgliedern. Hieran knüpft der atheistische Berichterstatter folgende kommunistische Belehrung: „Am Beispiel dieser Reden konnte man den schädlichen, antihumanistischen Charakter des ‚religiösen Tröstertums‘ erkennen, dessen Sinn darin besteht, die Gläubigen aufzufordern, ‚sich der Leiden zu rühmen‘, seelische und physische Gebrechen für ‚nützlich‘ zu halten und den Menschen den Gedanken einzuflößen, daß Betrübnis und Kummer ein normaler, ja sogar ein ‚gnadenhafter‘ Zustand sind.“

#### *Die orthodoxe Kirche im Gebiet Tambov*

Diese Einstellung dürfte für die russische religiöse Psyche allgemein kennzeichnend sein, insbesondere auch für die Gläubigkeit im Rahmen der Orthodoxie und ihrer Kirchlichkeit. Aber der Bericht kritisiert nur die sektiererische Haltung, die Orthodoxen werden offensichtlich geschont. Über die orthodoxe Kirche unter dem Moskauer Patriarchen sind nur knappe Angaben im Bericht zu finden. „Wie die Tatsachen zeigen“, heißt es, „hält sie ihren Einfluß noch aufrecht.“ So versammelten sich z. B. am Epiphaniastag in den letzten Jahren Hunderte von orthodoxen Gläubigen der Stadt Mitschurinsk am Fluß zur traditionellen Wasserweihe, wobei einige im eisigen Wasser badeten. Die Religiosität der orthodoxen Bevölkerung äußere sich hauptsächlich an den zwölf hohen Feiertagen der orthodoxen Kirche. An gewöhnlichen Tagen und sogar an Sonntagen werde die Kirche nur von 100—150 Personen besucht, deren Mehrheit vorwiegend aus Frauen und aus Personen hohen Alters bestehe (Mitschurinsk hatte 1939 70 000 Einwohner).

Hat die orthodoxe Kirche ihre Stellung unter anderem auf Kosten der Sekten halten können? Der Bericht spricht nicht von einem Abwandern der Sekten im Gebiet Tambov zur Kirche. Die Begründung für den deutlichen Rückgang der Sekten ist allerdings recht fadenscheinig und zeigt das Gepräge des durch die Wirklichkeit vielfach widerlegten ideologischen Sowjet-Schematismus. Es heißt: „Der endgültige Sieg des Sozialismus in Stadt und Land, die Reorganisation der Landwirtschaft nach sozialistischen

Grundsätzen, das unentwegte Wachstum der Kultur und Bewußtheit der Massen, alles das hat die Grundlage der Sektenbewegung völlig untergraben; diese ist in ideeller und organisatorischer Hinsicht zum Überbleibsel der Vergangenheit geworden.“

Warum, fragt man sich, ist die orthodoxe Kirche im Gebiet Tambov nicht ebenfalls von dem Faktor des „siegenden Sozialismus“ betroffen (wird ja doch dieses Argument in der antireligiösen Propaganda durchaus auch gegen die orthodoxe Kirche gerichtet!)? Wenn bei den Orthodoxen die „sozialistische Wirklichkeit“ wenig verfangen hat, sollten sich gerade die für ihre Standhaftigkeit bekannten Sektierer unter ihrem Eindruck gänzlich von jedem religiösen Glauben abgewandt haben? Haben sich vielleicht viele Sektierer der orthodoxen Kirche zugewandt?

Jedenfalls dürfte die orthodoxe Patriarchatskirche, die zwischen dem Sowjetatheismus und dem Sektentum einen schwierigen Kampf zu bestehen hat, über den von der Expedition festgestellten Schwund der Sekten im Gebiet Tambov sehr befriedigt sein, da die sektiererische starre Einseitigkeit für die Kirche unter Umständen eine größere Gefahr bedeutet als der religiös voraussetzungslose Atheismus.

#### *Entschleiertes Geheimnis der „Katakombenkirche“*

Die Expedition erbrachte ein weiteres Ergebnis, das innerhalb der Kreise um das Moskauer Patriarchat Genugtuung auslösen dürfte. Sie erstreckte ihre Beobachtungen auch auf solche religiöse Gruppen, die sich in der Gegnerschaft gegen die ihnen zu staatshörige Position des Moskauer Patriarchats von diesem trennten und als „wahrhaft orthodoxe Christen“ oder als „wahrhaft orthodoxe Kirche“ auch im Gebiet Tambov eine rege Predigtstätigkeit entfalteten. Nebenbei erfährt man, daß sich die Sowjetpresse in letzter Zeit wiederholt mit diesen religiösen Gruppen befaßt hat (offenbar die lokale, nicht die zentrale Presse). Anscheinend hat man bisher diese Gruppen mehr oder weniger zum traditionellen Sektentum gerechnet, zweifellos deshalb, um das Skandalon einer die Loyalität der offiziellen Kirche zum Sowjetstaat mißbilligenden kirchlichen Absplitterung zu vertuschen. Die Expedition hat nun öffentlich bekanntgegeben, daß die Anschauungen dieser Gruppen tatsächlich nicht den Sekten nahestehen, im Gegenteil traditionell orthodox sind und eine „Modifikation der Ansichten jener kirchlichen Monarchisten darstellen, die sich von der Patriarchatskirche zu der Zeit trennten, als sich diese für ein loyales Verhältnis zur Sowjetmacht ausgesprochen hatte“. Obwohl sich einige der Befragten als Anhänger der Tichon-Richtung bezeichneten, glaubt die Expedition sie doch als Nachfolger jener „monarchistischen“ und „Kulaken“-Gruppen betrachten zu müssen, die erst zur Zeit der Kollektivierung entstanden und zur Sabotage der sowjetischen Maßnahmen aufriefen. Hiermit macht sich der Befund der Expedition die Auffassung der Moskauer Patriarchatskirche zu eigen, die an die Loyalitätserklärungen des Patriarchen Tichon nach seiner Haftentlassung und in seinem Testament anknüpft und die Inanspruchnahme der Tichon-Tradition für eine antisowjetische Polemik verwirft.

Die Gegnerschaft der „wahren orthodoxen Christen“ und der „wahren orthodoxen Kirche“ zur offiziellen Kirche zeigt sich darin, daß ihre Anhänger die Geistlichen der offiziellen Kirche als „Diener des Antichrist“ brandmarken und ihre Kirchen meiden. Ihre an sich orthodoxe

Lehre ist von einer besonderen Hervorhebung der Predigt vom baldigen Weltuntergang und des „Jüngsten Gerichts“ über die Menschheit bestimmt. Unter Hinweis auf die biblischen Prophezeiungen (Daniel, Jesajas usw.) sieht die „wahre orthodoxe Kirche“ unsere Zeit an der Schwelle zum Weltuntergang, da der Antichrist herrscht. Dieser sucht die Menschen in seine Netze zu ziehen, denen der Gläubige achtsam entgehen muß. So darf er nicht im Kolchos arbeiten, muß sich jeder öffentlichen Arbeit und der Wahlen enthalten, darf keine öffentlichen Anleihen zeichnen usw.

Die Anschauungen dieser orthodoxen Splittergruppen sind denen der russischen Emigrantenkirche (konservative, monarchistische Richtung) außerordentlich nahe, um nicht zu sagen identisch. Dem Kenner der russischen Geschichte muß gleichzeitig die Ähnlichkeit mit der Ideologie der Altgläubigen auffallen. Wenn jetzt die Expedition der Akademie der Wissenschaften die Existenz dieser das Moskauer Patriarchat ablehnenden Gruppen offiziell enthüllt, wird die Emigrantenkirche darin eine Bestätigung ihrer These von der Existenz einer die wahre Orthodoxie repräsentierenden „Katakombenkirche“ erblicken. Andererseits bestätigt das Expeditionsergebnis aber die von uns und anderen Beobachtern immer wieder geäußerten Zweifel an der zahlenmäßigen Bedeutung und Organisiertheit jener Gruppen, die die Bezeichnung „Katakombenkirche“ zuließe.

Da die genannten Gruppen die offenen orthodoxen Kirchen nicht benutzen, dienen ihnen heilige Quellen und ähnliche Wallfahrtsorte als Kultstätten, an denen sich ihre Anhänger treffen. Bis vor kurzer Zeit habe es im Gebiet Tambov zahlreiche solcher Stätten gegeben, an denen sich Massen von Gläubigen zu den großen kirchlichen Festen versammelten. Scharlatane und Betrüger geben sich dabei als „Propheten“, als ehemalige Kirchenführer, die „für den Glauben gelitten hätten“, und sogar als überlebende Mitglieder der Zarenfamilie aus. Doch seien solche Erscheinungen in letzter Zeit kaum noch zu beobachten.

#### *Rückgang der kirchlichen Schismen*

Die stärkste Aktivität der „wahren orthodoxen Christen“ und der „wahren orthodoxen Kirche“ bezieht der Bericht, ohne von den Vorkriegsjahren zu sprechen, auf die Jahre 1948—1950, als ihre Führer unter Ausnutzung der Nachkriegsschwierigkeiten die Gläubigen mit „antisozialen Ansichten“ zu beeinflussen suchten und Mitglieder warben. Als wichtige Bestätigung durch die kirchliche Dokumentation können wir hierzu eine von uns vor zehn Jahren gebrachte Meldung heranziehen. Im September 1947 äußerte der Bischof von Tambov und Mitschurinsk seine Betrübniß über jene Christen, die sich nur so nennen, in Wahrheit aber Sektierer und sogenannte „Selbstweiher“ seien, die das Heiligtum der Kirche Gottes nicht anerkennen, die orthodoxe Kirche und ihren Patriarchen schmähen und sich selbst das Recht beilegen, den orthodoxen Christen die Weihehandlungen der Kirche darzubringen. „Nur sich selbst halten sie für orthodoxe Christen. Diese Leute sind Feinde der orthodoxen Kirche, und ich schließe sie aus der Gemeinschaft der Gläubigen aus“ (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 357). In der Emigration wurde dies damals als Bestätigung für die Existenz einer „Katakombenkirche“ angesehen, wogegen das Moskauer Patriarchat ausdrücklich argumentierte, die Existenz einer kleinen Zahl von Sektierern (!) gäbe nicht das Recht,

diesen die Bezeichnung „Katakombenkirche“ beizulegen (ebd.).

Laut Expeditionsergebnis bestehen die genannten Gruppen heute aber praktisch nicht mehr als organisierte Gemeinschaften. Viele ihrer Anhänger — auch Führer — hätten ihre früheren Ansichten und ihre frühere Tätigkeit aufgegeben (es wird wiederum nichts darüber gesagt, ob sich diese Kreise der offiziellen Kirche angeschlossen haben). „Die antisozialen Forderungen, mit denen sich die religiösen Fanatiker einstmals an die Gläubigen wandten — Ablehnung der Arbeit in den Kolchosen, Verweigerung der Beteiligung an den Wahlen usw. —, stoßen heute allenthalben auf Widerstand.“ Da die offizielle Kirche ihrerseits diese „gesellschaftswidrige Haltung“ verwirft, kann angenommen werden, daß sie sich innerhalb dieser Absplitterungen bis zu einem gewissen Grade durchgesetzt hat. Von der „wahren orthodoxen Kirche“ hat sich nach Feststellungen der Expedition lediglich eine sehr kleine Zahl „religiöser Fanatiker“ gehalten, die als Reste der reaktionären Geistlichkeit ein zurückgezogenes Leben führen und keinerlei aktive Predigtstätigkeit betreiben.

Die Gründe, die der Expeditionsbericht (in seiner Darstellung durch die Abteilung Atheismus im Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften) für das Verschwinden auch dieser religiösen Gruppen anzugeben weiß, erschöpfen sich wiederum im Hinweis auf „bedeutende Fortschritte im kulturellen Wachstum der Sowjetmenschen“, auf die „Entwicklung und Festigung der Kolchos-Struktur“. Die Hebung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung und jeder einzelnen Familie habe die „antisozialen Anschauungen“, die sich für den „wahren Glauben“ ausgaben, zurückgedrängt. Eine große Rolle habe ferner die zunehmende politische Reife der Bevölkerung gespielt, die Vermehrung der Klubs, Bibliotheken, Schulen usw. Doch gebe es immer noch Einzelfälle von „Seelenfang“ durch die religiösen Fanatiker. Da sich einzelne Anhänger der genannten orthodoxen Gruppen auch in anderen Teilen der Sowjetunion bis heute halten konnten, erfordere das Phänomen eine aufmerksame Beobachtung (über das Problem einer „Katakombenkirche“ vgl. ferner Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 44 und 245; 8. Jhg., S. 486).

**Für korrekte  
ökumenische  
Berichterstattung**

In dem um sich greifenden ökumenischen Gespräch zwischen Orthodoxen und Protestanten macht sich auf protestantischer Seite zuweilen ein Enthusiasmus bemerkbar, der von einer bedenklichen Fehleinschätzung besonders der dogmatischen Position der orthodoxen Kirche zeugt. Gewiß, die betont freundliche Schwenkung der Russischen Kirche, deren „große Sympathie“ für die Ökumenische Bewegung durch den Metropoliten Nikolai dem auf Rhodos tagenden Zentralausschuß des Weltrats der Kirchen gegenüber zum Ausdruck gebracht wurde, berechtigt zu

manchen Hoffnungen (vgl. ds. Jhg., S. 222). Im Oktoberheft des Journals des Moskauer Patriarchats wurde ein zwölf Seiten langer Bericht der beiden Beobachter veröffentlicht, die von der Russischen Kirche nach Rhodos entsandt worden waren. Mit großer Genugtuung werden hierin der „außergewöhnliche Eindruck“ und die „einstimmigen, aufrichtigen und langanhaltenden Beifallskundgebungen“ vermerkt, mit denen die Versammlung auf Rhodos „in einer mächtigen Ovation“ auf die Botschaft des Metropoliten Nikolai reagiert habe. Besonders bemerkenswert ist das Urteil der russischen Beobachter über das theologische Grundsatzreferat des Heidelberger Professors D. Edmund Schlink über das Thema „Die Bedeutung der östlichen und westlichen Tradition im Christentum“. Der Vortrag Schlinks, „eines großen Kenners der Orthodoxie“, habe sich durch hohes wissenschaftliches Niveau, Gewissenhaftigkeit und große Sympathie zur Orthodoxie ausgezeichnet. „Von den Protestanten hat noch niemand so über die Orthodoxie gesprochen“ (a. a. O. S. 53).

Wir meinen, daß solche ehrlichen theologischen Bemühungen nicht die Atmosphäre für einen Enthusiasmus abgeben sollten, der die Unterschiede verwischt und leicht mißverstanden werden kann. Zumindest sollte die Berichterstattung sich befeißigen, bestehende Unterschiede beim Namen zu nennen.

In einem gewissen Zwielflicht scheint uns eine Stelle der vom Ökumenischen Pressedienst verbreiteten deutschen Übersetzung der oben erwähnten Botschaft des Metropoliten Nikolai zu stehen. Da wir selbst durch Zitieren der falschen Übersetzung zum Opfer gefallen sind, muß diese hier korrigiert werden.

Die von uns zitierte Stelle aus der Botschaft Nikolais lautete nach der Übersetzung des Ökumenischen Pressedienstes: „Jedoch halte ich es für notwendig, die Hoffnung auszusprechen, daß die sozialen Anliegen des Weltrats der Kirchen nicht die Hauptaufgabe der Ökumenischen Bewegung überschatten mögen, die *durch verschiedene Auslegungen* zerstörte Einheit im Glauben wiederherzustellen“ (vgl. ds. Jhg., S. 222). Jedem mit dem Verhältnis der orthodoxen Kirche zum Weltrat und zum Protestantismus Vertrauten mußte diese Formulierung seitens eines orthodoxen Hierarchen in der Tat zweifelhaft erscheinen. Bei Drucklegung des Februarheftes der Herder-Korrespondenz hatten wir leider nicht die Möglichkeit, festzustellen, daß der im Journal des Moskauer Patriarchats veröffentlichte russische Originaltext tatsächlich nicht von „verschiedenen Auslegungen“ des Glaubens spricht, sondern von der wiederherzustellenden „Einheit des *durch verschiedene Entstellungen* geteilten Glaubens“ (russ. iskashenije = Verzerrung, Entstellung). Während die Übersetzung „verschiedene Auslegungen“ der Russischen Kirche eine konziliante dogmatische Haltung unterschiebt, zeigt die richtige Übersetzung ihre wahre Position an.